



**Aktenzeichen: Pet 1-20-12-92041-008862**

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 10.07.2025 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition abzuschließen,  
- weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

### **Begründung**

Mit der Petition wird gefordert, umgehend ein Förderprogramm für die Beschattung von interkommunalen Fahrradwegen mit Bäumen zu starten.

Zur Begründung der Petition wird ausgeführt, dass das Umweltbundesamt unter der Überschrift „Beschattung von Wegen gegen zunehmender Hitze“ dazu bereits eine Empfehlung herausgegeben habe.

Besonders das Pflanzen von Obstalleen habe dabei den doppelten Vorteil, gleichzeitig einen Beitrag zu regionaler und saisonaler Ernährung zu leisten, was nicht nur Radfahrenden eine Freude bereiten, sondern diverse Ökosystem-Leistungen erbringen könne.

Für die Umsetzung der Maßnahmen sollten die Kommunen, den Zugriff auf entsprechende Fördertöpfe haben.

Hinsichtlich der weiteren Einzelheiten zu dem Vorbringen wird auf die Eingabe verwiesen.

Die Eingabe wurde als öffentliche Petition auf der Internetseite des Petitionsausschusses eingestellt. Sie wurde durch 121 Mitzeichnungen unterstützt. Außerdem gingen 24 Diskussionsbeiträge ein.

Der Petitionsausschuss hat der Bundesregierung Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zu der Thematik darzulegen. Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung lässt sich u. a. unter Einbeziehung der seitens der Bundesregierung angeführten Aspekte wie folgt zusammenfassen:



Zunächst teilt der Ausschuss mit, dass die Beschattung von interkommunalen Radwegen aus Sicht der Klimaanpassung zu begrüßen ist. Weiter merkt der Ausschuss an, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen grundsätzlich nicht in die Zuständigkeit des Bundes fallen, sondern Aufgabe von Ländern und Kommunen sind. Allerdings hat der Bund in seinem Haushalt erhebliche Mittel bereits veranschlagt, um einzelne Maßnahmen in diesem Bereich zu fördern. Besonders verweist der Petitionsausschuss auf das Bundesprogramm „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“. Städte und Gemeinden erhalten Unterstützung für die erforderliche klimagerechte Umgestaltung ihrer Siedlungsräume, wozu auch interkommunale Radwege gehören können. Seit 2020 wurden 344 Projekte in zahlreichen Städten und Gemeinden im Rahmen des Bundesprogramms für projektbezogene Förderungen ausgewählt. Die Mittel in Höhe von insgesamt 576 Mio. Euro wurden in vier Fördertranchen aus dem Klima- und Transformationsfonds als Projektzuwendung an die ausgewählten Kommunen zur Verfügung gestellt. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschließt die Projektauswahl auf Grundlage eines Projektaufrufs. Vor dem Hintergrund der aufgezeigten Zuständigkeitsverteilung und der Tatsache, dass der Bund zur Förderung einzelner Maßnahmen finanzielle Mittel veranschlagt hat, sieht der Petitionsausschuss wesentliche Teile der Forderung als erfüllt an. Er empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen entsprochen worden ist.

Die jeweiligen Anträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke, die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Verkehr und dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit - als Material zu überweisen, wurden mehrheitlich abgelehnt.